



Protokoll der 36. Sitzung des Einwohnerrates

vom 27. Mai 2020, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Baumgartner Verena (GL), Bergamin Patricia (SVP)
Mägli Patrick (SP) und Quensel Marianne (SP)

Traktanden

Laufnummer

Traktandenliste:

://: Die Dringlichkeit des Postulates «Corona-Situation: Mehr Platz für Gastronomie und Passanten» (Nr. 2020/195) wird einstimmig beschlossen. 2020/195

://: Dem Antrag der SP-Fraktion wird zugestimmt und die Motion «Zusammenlegung Budget mit Entwicklungsplan» (Nr. 2020/179) mit 34 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme von der Traktandenliste abgesetzt. 2020/179

://: Dem Antrag des Büros wird einstimmig zugestimmt und folgende Geschäfte von der heutigen Traktandenliste abgesetzt:

- Trakt. 5 «Gasstrasse, Baukredite» (Nr. 2020/193) 2020/193
- Trakt. 6 «Zentrum Nord, Nachtragskredit» (Nr. 2020/194) 2020/194
- Trakt. 13 «Petition Kinderbetreuung» (Nr. 2020/188) 2020/188
- Trakt. 14 «Fragestunde»

1. Postulat «Corona-Situation: Mehr Platz für Gastronomie und Passanten» von Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion und Dominique Meschberger der SP-Fraktion 2020/195

://: Das Postulat wird mit 12 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung nicht an den Stadtrat überwiesen.

2. Sozialhilfebehörde – Ersatzwahl von einem Mitglied der Sozialhilfebehörde für die restliche Amtsperiode vom 1. Juli 2020 – 31. Dezember 2020 2020/192

://: Einstimmige Wahl von Fabian Eisenring, geb. 1985, als Sozialhilfebehördenmitglied für die restliche Amtsperiode vom 1. Juli 2020 bis 31. Dezember 2020.

3. Entwicklungs- und Finanzplan 2020-2024 – Berichte Stadtrat, Finanzkommission (FIKO), Bau- und Planungskommission (BPK) sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) 2019/162
2019/162a-c

://: Der Rat nimmt einstimmig vom EP 2020-2024 sowie dem Stellenplan Kenntnis.

- | | | |
|-----|---|-----------------------|
| 4. | Zonenreglement Siedlung, Mutation – Festlegung Lärmempfindlichkeitsstufen und Aufhebung LES-Plan; Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK)
<i>Das Geschäft wird in der 1. Lesung beraten.</i> | 2020/177
2020/177a |
| 5. | Trinkwasserverunreinigung Juli 2019 – Zwischenbericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK)
<i>://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom GPK-Zwischenbericht.</i> | 2020/191 |
| 6. | Buserschliessung Rosen- und Fraumattquartier – Bericht Stadtrat zum Postulat «Buserschliessung Rosen- und Fraumattquartier» von Stefan Fraefel und Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion
<i>://: Der Rat nimmt einstimmig das Linienkonzept «Buserschliessung Stadt Liestal» 2025 zur Kenntnis.
://: Das Postulat Nr. 2016/25 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.</i> | 2016/25
2016/25a |
| 7. | Gemeinde-App Liestal – Bericht des Stadtrats zum Postulat betreffend «Gemeinde-App Liestal» von Fabian Eisenring der SP-Fraktion
<i>://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2019/176a.
://: Das Postulat Nr. 2019/176 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.</i> | 2019/176
2019/176a |
| 8. | Zufahrtsbewilligung Stedtli – Interpellation «Zufahrtsbewilligung Stedtli: Nichtigkeit – wie weiter?!» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion
<i>Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung.</i> | 2020/180 |
| 9. | Zufahrt ins Stedtli – Motion «Für eine sinnvolle und verhältnismässige Zufahrt ins Stedtli» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion
<i>://: Die Motion wird mit 12 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung nicht an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2020/183 |
| 10. | Einstellhalle im Stedtli – Interpellation «Bau Einstellhalle im Stedtli» von Dominik Beeler der Grünen Fraktion
<i>Das Geschäft wird wegen Zeitmangel vertagt.</i> | 2020/184 |

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) begrüsst die Ratsmitglieder und Medienvertreter zur heutigen Sitzung.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidium

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Vizepräsidentin Vreni Baumgartner (GL) musste sich kurz vor der Sitzung entschuldigen lassen. Spontan hat Peter Küng (SP) auf Anfrage zugesagt, den Ratspräsidenten an der heutigen Sitzung zu assistieren, wofür ihm der beste Dank ausgesprochen wird.
- Mit Regierungsratsbeschluss Nr. 2020-660 vom 12.05.2020 ist vom Regierungsrat die Ausnahmebewilligung für die Durchführung der ER-Sitzung vom 27.05.2020 bewilligt worden. Die Bedingungen des Schutzkonzeptes COVID-19 werden in Erinnerung gerufen:
 - Präsenz: Ratsmitglieder, welche sich für die ER-Sitzung entschuldigen liessen, hatten dies bis am 26.05.2020/12.00 dem Ratsschreiber mitteilen.
 - Die Liste «Entschuldigungen» ist dem Ratsbüro und den Fraktionspräsidenten mit gestrigen E-Mail zur Kenntnis gebracht worden.
 - Der Sitzplan mit den Sicherheitsabständen ist den Sitzungsteilnehmern mit Mail vom heutigen Morgen zur Kenntnis gebracht und bei den Eingängen zum Landratssaal publiziert und angeschlagen worden.
 - Es wurden vor dem Eingang Hygienemasken abgegeben. Auf eine Maskentragpflicht wird verzichtet.
 - Die Redner bleiben bei ihren Voten sitzen.
 - Die Referenten bzw. Kommissionspräsidenten werden die Kommissionsberichte an ihrem eigenen Platz vorstellen.
 - 2 Sicherheitsdienst-Mitarbeitende der Firma THB sind präsent und für die Einhaltung der Sicherheitsvorkehrungen verantwortlich: Abgabe von Schutzmasken, Ein- und Ausgangskontrolle, Verlassen von LR-Saal und RR-Gebäude durch Sitzungsteilnehmer unverzüglich nach Sitzung usw.
 - Ausschluss Öffentlichkeit: Die Zuschauertribüne bleibt geschlossen. Nur der Stadtverwalter hält sich dort auf.
 - Dem Öffentlichkeitsprinzip wird Rechnung getragen, indem die Sitzung morgen als Audio-Datei auf der Homepage aufgeschaltet wird.
 - Die Desinfektionsmittel-Spender bei den Ein- und Ausgängen sind zu benützen.
 - Die Sitzungsteilnehmer im LR-Saal belegen nur jeden zweiten Sitz im LR-Saal, damit die 2 Meter-Distanz eingehalten wird.
 - Die Türen im Landratssaal bleiben offen und es werden auch die Fenster geöffnet, soweit die Witterungsverhältnisse dies zulassen.
 - Wer krank ist oder sich krank fühlt, muss die Veranstaltung verlassen.
 - Am Schluss der Sitzung muss der Saal und das Regierungsgebäude verlassen werden. Ein Verweilen im Vorraum oder Foyer ist nicht gestattet.
 - Es findet keine Pause statt.
- Vorgängig der heutigen Ratssitzung hatte das Ratsbüro betreffend dem diesjährigen Amtsjahrschluss vom 24. Juni 2020 entschieden, dass dieses stattfinden soll. Die Einladung wird den Ratsmitgliedern in den nächsten Tagen zugestellt.
- Das Büro hatte an seiner letzten Sitzung das neue Geschäftsreglement für den Einwohnerrat verabschiedet, welches an der nächsten Ratssitzung vom 24. Juni 2020 beschlossen und in Kraft treten soll.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, grün
- ER-Vorlagen Nr. 2020/195 – Nr. 2020/197

Neue persönliche Vorstösse

- Platz für Gastronomie und Passanten – Dringliches Postulat «Corona-Situation: Mehr Platz für Gastronomie und Passanten» von Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion und Dominique Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2020/195)
- Lastenräder für klimafreundliche Mobilität – Postulat «Lastenräder für die klimafreundliche Mobilität in Liestal» von Dominik Beeler und Michael Durrer der Grünen Fraktion (Nr. 2020/196)
- Lockdown-Erkenntnisse – Interpellation «Erkenntnisse aus dem Lockdown für Liestal's Verwaltung» von Thomas Eugster der FDP-Fraktion (Nr. 2020/197)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|-------------------------|--|
| - Salathe Andreas | Seite A (SP, GL) |
| - Imsand Bruno | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Meschberger Dominique | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Fraktionen und auch den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsident Daniel Spinnler informiert darüber, dass vom Regierungsrat mit gestrigem Beschluss verschiedene Lockerungsmassnahmen im Zusammenhang mit COVID-19 beschlossen wurden, welche ab 31. Mai 2020 in Kraft treten.

Vom Stadtrat ist im Zusammenhang mit der Organisation der Verwaltung beschlossen worden, dass ab 1. Juli 2020 die Abteilung «Tiefbau» in die Betriebe integriert wird. Das bisherige Stadtbauamt heisst neu «Hochbau/Planung» (HP) und die Betriebe heissen neu «Tiefbau» (TB).

Stadtrat Franz Kaufmann informiert darüber, dass vom Stadtrat die Kreditabrechnung für die Sanierung Rathausstrasse genehmigt wurde, welche CHF 13'500.— unter dem bewilligten Kredit abschliesst.

Traktandenliste

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) hält fest, dass das *dringliche Postulat «Corona-Situation: Mehr Platz für Gastronomie und Passanten»* von *Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion und Dominique Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2020/195)* den Ratsmitgliedern mit Mail vom 19. Mai 2020 zur Kenntnis gebracht wurde.

Gemäss § 47 des ER-Geschäftsreglementes würde der neue Vorstoss an der heutigen Sitzung sofort behandelt, wenn 2/3 der anwesenden Ratsmitglieder die Dringlichkeit beschliessen würden.

Natalie Oberholzer (GL) hält als Postulantin fest, dass mit gestrigem Regierungsratsbeschluss der Notstand im Zusammenhang mit COVID-19 aufgehoben wurde. Und auch der Bundesrat hat heute einige Lockerungen kommuniziert, welche in Kürze noch umgesetzt werden. Nach wie vor ist aber beispielsweise in der Gastronomie die Distanz von mindestens 2 Metern zwischen den Tischen einzuhalten. Folglich halten die Verfasser des Postulates nach wie vor an der Dringlichkeit ihres Vorstosses Nr. 2020/195 fest. Das dringliche Postulat von der linken Seite dürfte doch auch überrascht haben, denn in anderen Städten hatten doch bürgerliche Parteien bereits die temporäre Nutzung von öffentlichen Räumen gefordert. Als Unternehmerin hatte sie in der ganzen Corona-Zeit die wirtschaftliche Situation verfolgt, welche ihr ebenfalls Sorge bereitet. Wichtig ist doch, dass schnelle und unkomplizierte Lösungen für die Gastronomie in dieser schwierigen Zeit gefunden werden. Die hohen Anforderungen an die Gastbetriebe im Zusammenhang mit der Umsetzung von Schutzkonzepten sind mit zusätzlichen Kosten und Mehraufwand bei zum Teil starken Umsatzeinbussen verbunden. Mit der Unterstützung der Stadt Liestal könnte den Gastbetrieben mehr Sitzplatzkapazitäten zur Verfügung gestellt werden, wobei die Gesundheit der Gäste immer noch gewährleistet wäre. Es muss eine Balance gefunden werden zwischen dem Schutz der Bevölkerung und wirtschaftlicher Hilfe. Die fehlenden sozialen Kontakte während der Corona-Zeit wirken sich länger und mehr negativ auf unsere Gesundheit aus. So fehlt wohl vielen beispielsweise der Genusssmarkt im Stedtli, weil man dort immer wieder viele Bekannte trifft. Die Belebung des Stedtli mit Einhaltung des 2 Meter-Abstandes ist kaum möglich und verantwortbar, weshalb man auf andere öffentliche Plätze, Strassen und Gassen ausweichen könnte, damit sich nicht alles auf die Rathausstrasse konzentriert. Aus den erwähnten Gründen bittet sie, den Vorstoss als dringlich zu erklären.

Dominique Meschberger (SP) ergänzt als Mitpostulantin, sie habe schon das Gefühl, dass nach den neuesten Entscheiden des Bundesrates und des Regierungsrates der Eindruck entstehen könnte, dass man in Kürze wieder zum Alltag zurückkehren kann. Dies ist aber nicht so und wir können uns einen zweiten Lockdown nicht leisten. Die Eigenverantwortung muss nun sichtbar gemacht und mögliche Übergangslösungen gemäss eingereichtem Vorstoss zumindest geprüft werden.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) informiert, dass die SVP-Fraktion der Dringlichkeit zustimmen wird. Sollte die Dringlichkeit beschlossen werden, würde er sich zum Inhalt anschliessend noch äussern.

Daniela Reichenstein (FDP) erklärt, auch ihre Fraktion werde der Dringlichkeit zustimmen und sich gegebenenfalls nachher inhaltlich noch zum Vorstoss äussern.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) führt aus, auch die Mittefraktion werde der Dringlichkeit zustimmen.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die Dringlichkeit des Postulates Nr. Nr. 2020/195 beschlossen.

Dominique Meschberger (SP) stellt den Antrag, dass die *Motion «Zusammenlegung Budget mit Entwicklungs- und Finanzplan» (Nr. 2020/179)* von der heutigen Traktandenliste abgesetzt wird, da Pascal Meschberger (SP) als Motionärin erst später oder eventuell gar nicht zur heutigen Sitzung erscheinen wird.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit 34 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimmen wird die Motion Nr. 2020/179 von der heutigen Traktandenliste abgesetzt.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt namens des Ratsbüros den Antrag, dass folgende Geschäfte von der Traktandenliste abgesetzt werden:

- **Trakt. 5 «Gasstrasse, Baukredite» (Nr. 2020/193):** Die Vorlage ist vom Büro an die Bau- und Planungskommission zur Vorberatung überwiesen worden.
- **Trakt. 6 «Zentrum Nord, Nachtragskredit» (Nr. 2020/194):** Die Vorlage ist vom Büro an die Bau- und Planungskommission zur Vorberatung überwiesen worden.
- **Trakt. 13 «Petition Kinderbetreuung» (Nr. 2020/188):** Auf Wunsch der Petitionäre bzw. der SP-Fraktion soll das Geschäft auf die nächste ER-Sitzung vom 24. Juni 2020 neu traktandiert werden.
- **Trakt. 14 «Fragestunde»:** Wegen COVID-19 ist bereits an der letzten ER-Sitzung vom 29.04.2020 eine «Fragestunde» zusätzlich traktandiert worden.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass betreffend dem Änderungsantrag des Ratsbüros keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Rat stimmt einstimmig dem Antrag des Ratsbüros zu und beschliesst die traktandierten Geschäfte gemäss Einladungsschreiben vom 13. Mai 2020 mit den heute beschlossenen Änderungen.

293 0.01.011.01 Einwohnerrat

- 1. Platz für Gastronomie und Passanten – Dringliches Postulat «Corona-Situation: Mehr Platz für Gastronomie und Passanten» von Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion und Dominique Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2020/195)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal

Liestal, 17.05.2020

Natalie Oberholzer
Grüne Partei

Dominique Meschberger
Sozialdemokratische Partei

Dringliches Postulat

Corona-Situation: Mehr Platz für Gastronomie und Passanten

Seit dem 11. Mai 2020 dürfen Gastrobetriebe und Läden wieder öffnen. Dies ist jedoch nur unter Einhaltung strikter Schutzmassnahmen mit genügend Distanz möglich. Die Gastronomie wird sich in nächster Zeit mit erheblichen Einschränkungen arrangieren müssen, um die geforderte und nötige 2-Meter-Abstandsregel einhalten zu können. Um kostendeckender wirtschaften zu können, brauchen sie zusätzliche Aussenflächen.

Ebenso sollen auch die Passantinnen und Passanten genügend Abstand voneinander halten. Auch sie benötigen mehr Platz im Stedtl. Doch der Platz in der Rathausstrasse, insbesondere während des Gnussmärts, in den Gassen und auf den Plätzen ist beschränkt. Beim ersehnten Wiederbeleben des öffentlichen Raums, beim Lädelen und Flanieren könnte es zu prekären Situationen und unerwünschten Ansammlungen kommen.

Es braucht Ausweichflächen und mehr Freiraum während der Corona-Zeit. Gemäss § 39 Abs. 2 des kantonalen Strassengesetzes kann der Gemeingebrauch an Strassen im öffentlichen Interesse allgemein verbindlichen Einschränkungen unterstellt werden. Daher wäre es möglich und auch sinnvoll Strassenraum und Parkplätze frei zu geben, um vorübergehend mehr Platz für Gastrobetriebe und Menschen zu schaffen.

Wir bitten den Stadtrat daher zu prüfen:

- Ob Parkplätze auf Plätzen wie Zeughausplatz, Allee oder Wasserturmplatz sowie auf Strassen wie Fischmarkt, Kanonengasse, Büchelistrasse etc. temporär frei gegeben werden können?
- Ob zusätzlich gewisse Gemeindestrasse (-gassen) in der Kernzone temporär für den Autoverkehr gesperrt werden können?
- Ob er Gastrobetrieben die temporäre Nutzung zusätzlicher Flächen im öffentlichen Raum schnell und unkompliziert erlauben kann?

Natalie Oberholzer

Dominique Meschberger

Grüne Partei

Sozialdemokratische Partei

Stadträtin Regula Nebiker erklärt, dass der Stadtrat das Postulat nicht übernehmen möchte, doch nutzt der Stadtrat die Möglichkeit, sich noch zum neuen Vorstoss äussern zu können.

Natalie Oberholzer (GL) hält als Postulantin fest, dass sie nach ihren vorgängigen Äusserungen eigentlich keine Ergänzungen mehr habe. Auch sind gewisse Lösungsmöglichkeiten bereits im Vorstoss von den Postulantinnen bereits aufgeführt. Ihr ist wichtig, dass Lösungen möglichst schnell umgesetzt werden.

Dominique Meschberger (SP) berichtet als Mitunterzeichnerin des Postulates, dass sie beim Besuch des letzten Genussmarktes festgestellt habe, dass beispielsweise in den Warteschlangen die Abstände eingehalten wurden. Hingegen sind sich die Passanten teilweise schon sehr nah gekommen und die Sicherheitsabstände sind nicht immer eingehalten worden. Es ist schon sehr wichtig, dass die Leute immer wieder an die Einhaltung der Regeln erinnert werden und Massnahmen getroffen werden, dass für die Marktstandbetreiber und Passanten im Stedtli mehr Platz auf den Nebenplätzen sowie -strassen der Rathausstrasse geschaffen würde. Neue kreative Lösungen wären auch für die Gastronomie äusserst wichtig. Der Virus ist immer noch präsent und es ist kein Impfstoff dagegen vorhanden, weshalb auch respektiert werden sollte, dass es Leute mit grossen Ängsten wegen dem Corona-Virus gibt. Auch diesen sollte wieder die Möglichkeit geboten werden, wieder ins Stedtli kommen zu können, wo sich auch alle an die Regeln halten können und wollen. Auch vom Bundesrat ist die Aussage gemacht worden, dass die Hygienevorschriften weiterhin gelten werden und die Solidarität gegenüber gefährdeten Personen spürbar sein soll.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) bemerkt, dass wir uns wegen COVID-19 nach wie vor in einer besonderen Lage befinden. Dank verschiedenen Massnahmen sind wieder Lockerungen möglich. Die Detaillisten und Gastrobetreiber haben die notwendigen Massnahmen ergriffen, sind sehr innovativ und untereinander bestens organisiert. Das neue Postulat ist unsinnig und braucht es nicht, zumal für die Organisation der Allmend der Stadtrat und die Verwaltung, jedoch nicht der Einwohnerrat verantwortlich zeichnen. Oder konnte der Einwohnerrat einmal darüber befinden, dass beispielsweise das Café Mühleisen für sein grosses Strassen-Café in diesem Ausmass öffentliches Areal beanspruchen darf? Weitere solcher Beispiele könnten noch aufgezählt werden. Das Postulat ist ein übereilter Schnellschuss, welcher wohl von Passanten und nicht bpm Unternehmern verfasst wurde. Die örtlichen Unternehmer sind mit den getroffenen Massnahmen bereits bestens eingerichtet sowie organisiert und nutzbare Mehrflächen auf öffentlichem Areal haben nicht automatisch auch einen Mehrumsatz und grösseren Verdienst zur Folge. Die Bedürfnisse der KMU's sind vom Stadtrat und der Verwaltung erfasst, Konzepte erstellt und Massnahmen bereits in die Wege geleitet worden. Zusätzlich zur Verfügung gestelltes Allmendareal muss auch nicht bezahlt werden. Es ist bekannt, dass rund 70 % des Umsatzes von auswärtigen Kunden generiert werden, welche grösstenteils mit dem Auto nach Liestal kommen. Das hinterlistige Ziel der Postulantinnen ist doch wohl nur die Sperrung von Parkplätzen, was schlussendlich mehr Schaden als Nutzen für die Detaillisten zur Folge hätte. Der Stadtrat kennt die Bedürfnisse der Detaillisten und eine Einmischung des Einwohnerrates ist nicht nötig. Und wenn man schon um die Sicherheit der Passanten im Stedtli besorgt ist, würde wohl ein Velofahrverbot im Stedtli sicher mehr Sinn machen, doch auch dieser Entscheid liegt in der Exekutivverantwortung des Stadtrates.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) fragt sich schon, welche Restaurants von einer zusätzlichen Allmendnutzung profitieren könnten. Die Restaurants mit Parkplätzen vor dem Haus haben unterschiedliche Ausgangslagen, da die Parkplätze teilweise privat vermietet werden und die Stadt diesbezüglich keinen Einfluss nehmen kann. Die Meinungsäusserungen der Wirte sind unterschiedlich. So besteht teilweise gar kein Bedarf an zusätzlichem Allmendareal für die Gästebewirtung, diese möchten auf keine weiteren Parkplätze verzichten usw. Die Mittefraktion unterstützt im Grundsatz den Vorstoss zur Unterstützung der Wirtschaft, wird aber ideologische Vorstösse mit dem Ziel, dass Parkplätze abgeschafft werden, nicht unterstützen. Die Situation im Zusammenhang mit den Gassen, Strassen, Verkehrsführungen und

Parkplätzen dürfen absolut hinterfragt und überprüft werden, diese sind aber nicht dringlich und wären unabhängig vom vorliegenden Postulat zu thematisieren. Viele Leute sind aktuell mit dem Auto unterwegs, weil sie im öffentlichen Verkehr zu viel Angst haben und mit der Streichung von Parkplätzen würde man wohl gerade jene bestrafen, was doch kontraproduktiv wäre. Die Fraktion hat sich bei einer Enthaltung gegen die Postulatsüberweisung ausgesprochen.

Daniela Reichenstein (FDP) meint, es seien schon diverse Punkte erwähnt worden, welche auch in der FDP-Fraktion ein Thema waren. Ihrer Fraktion sind die Lockdown-Auswirkungen schon auch ein wichtiges und dringliches Anliegen und dabei sind nicht nur die Gastrobetriebe gemeint, welche im Postulat speziell erwähnt werden. Dies ist auch ein weiterer Grund dafür, weshalb ihre Fraktion die Überweisung des Postulates nicht unterstützen wird. Nebst den finanziellen Verlusten müssen auch Arbeitsplätze gesichert und erhalten werden. Und so ist es wichtig, dass gute Rahmenbedingungen für das Gewerbe geschaffen werden und dazu gehört eine temporäre Aufhebung von Parkplätzen bestimmt nicht dazu. Nach den stadträtlichen Ausführungen und Informationen kann man sicher bestätigen, dass sich der Stadtrat und die Verwaltung durchaus bewusst ist, dass den Gewerbetreibenden und Gastrobetrieben in dieser schwierigen Zeit Hand geboten werden muss.

Michael Durrer (GL) bedauert es, dass man auch bei diesem Vorstoss schlussendlich wieder bei der Parkplatzdiskussion landet und deshalb möchte er sich dazu nicht auch noch äussern. Seiner Fraktion ist es ein zentrales Anliegen, dass die Stadt in dieser schwierigen Zeit grosszügig und flexibel damit umgeht, wenn jemand auf sie zukommt und Begehrlichkeiten im Zusammenhang mit der Allmendnutzung deponiert. So kann ja vielleicht auch einmal eine Strasse oder Gasse für den Genussmarkt geschlossen werden, ohne dass dabei Parkplätze zum Opfer fallen müssen. Den Seitenhieb eines Vorredners an die Postulantinnen, dass sie sich als «Nicht-Unternehmer» und «Nicht-Kunden» im Vorstoss äussern, finde er schon etwas unangebracht. Die eine Postulantin ist selbst Unternehmerin und ihre Mitunterzeichnerin hatte erwähnt, dass sie am Genussmarkt war und im Stedtl eingekauft hatte.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) ist der Meinung, dass die Lage zu ernst ist und Corona nicht für irgendwelche Parteipolitik missbraucht werden sollte. Beim Vorstoss und der heutigen Debatte geht es nicht um Corona, sondern um Parkplätze und das ausspielen verschiedener Mobilitätsformen, was unter Parteipolitik geht. Und wenn alle Leute das Auto zu Hause lassen und ohne Schutzmaske im vollen Bus an den Genussmarkt fahren, damit sie im Stedtl mehr Platz haben, dürfte man schon gar nichts zur besseren Sicherheit beigetragen haben. Und sollte ein Unternehmer im Stedtl einen öffentlichen Parkplatz temporär beanspruchen wollen, so würde ihm dieser sicher unkompliziert zur Verfügung gestellt, doch dafür braucht es auch kein Postulat.

Thomas Eugster (FDP) sagt, auch er möchte keine Parkplätze aufheben, doch das Problem liegt natürlich schon darin, dass ein Teil der Bevölkerung wegen Corona verunsichert ist. Die Problematik liegt auch darin, dass es zum Teil an Einsicht und Eigenverantwortung fehlt, denn er erlebt es immer wieder, dass von Fussgängern der Sicherheitsabstand nicht eingehalten wird, obwohl sie genügend Platz hätten. Somit wäre auch mit einer Ausdehnung des Genussmarktes das Problem nicht gelöst. Die Ausweitung eines Gastrobetriebes würde mehr Personal bedingen und zu grosse Distanzen zwischen den Marktständen würden wohl auch nicht gerade zur Attraktivitätssteigerung des Genussmarktes beitragen. Die Kulanz und das Entgegenkommen des Stadtrates sowie der Verwaltung wurde bereits bewiesen, konnte er doch feststellen, dass das Restaurant Bären seine Gartenwirtschaft bereits ausgeweitet hat. Das Vertrauen der Bevölkerung muss wieder hergestellt werden und dieses kann nur mit der Einhaltung der Sicherheitsvorschriften und vermehrten Eigenverantwortung hergestellt werden. Auch haben beispielsweise die Gastwirte im Zusammenhang mit der Beanspruchung von öffentlichem Areal ungleiche Spiesse, wie dies bereits vorgängig erwähnt wurde.

Benjamin Holinger (GL) ist höchst irritiert wegen einigen Voten von Vorrednern. Es wird dazu aufgerufen, keine Parteipolitik zu machen und doch passiert dies genau jetzt. Aus unterschiedlichen Gründen wird das Postulat abgelehnt, so wegen Ängsten im Zusammenhang mit dem Abbau von Parkplätzen und andere stellen die Gleichberechtigung in Frage. Man findet wohl 1'000 Gründe, um das Postulat versenken zu können, doch konstruktiv ist die ganze Debatte überhaupt nicht. Die vom Stadtrat vorgängig angesprochenen Lösungsansätze und Vorstellungen zur Unterstützung der Unternehmungen sind nach wie vor unbekannt. Es ist schon ernüchternd, wenn man in der bisherigen Debatte noch überhaupt keine möglichen Lösungen thematisiert hatte.

Natalie Oberholzer (GL) weist als Postulantin darauf hin, dass es im Vorstoss wirklich um die Sicherheit geht, um die Ängste der potentiellen Kundschaft nehmen zu können. Ihre Tochter macht nach wie vor Einkäufe für ältere Leute, welche sich immer noch nicht getrauen, selbst im Stedtl einkaufen zu gehen. Und so sollte doch auch der Stadtrat mit gewissen Massnahmen ein Zeichen setzen und Vorbild sein. Auch geht es darum, einen zweiten Lockdown vermeiden zu können. Aus eigener Erfahrung weiss sie, dass die wirtschaftliche Lage aktuell sehr prekär ist.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass die Idee des Vorstosses wohl allen bekannt ist und natürlich wird auch eine vermehrte Flexibilität nötig sein. Parteipolitik macht bei diesem Geschäft tatsächlich wenig Sinn, doch gibt es nichts zu beschönigen, wenn der Stadtrat im Postulat beispielsweise zur temporären Aufhebung von Parkfeldern aufgefordert wird.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) ist der Ansicht, dass die Meinungen wohl gemacht sind und er die Rednerliste nach zwei Ratsmitgliedern schliessen wird, welche sich bereits zu Wort gemeldet hatten.

Bernhard Bonjour (SP) findet, dass er die Debatte zum Teil schon ideologisch gefunden habe. Den vorher gemachten Vorwurf und die Unterstellung eines hinterlistigen Vorgehens der Postulantinnen findet er aber schon inakzeptabel und nicht duldbar. Er selbst macht seine Einkäufe immer mit dem Auto und findet wirklich immer einen Parkplatz im Stedtl, weshalb man nun doch endlich auch mit der Angstmacherei und dem Gespenst mit den fehlenden Parkplätzen aufhören sollte.

Daniel Schwörer (FDP) stellt den Antrag, dass die Diskussion nun geschlossen wird.

Stadträtin Regula Nebiker möchte noch einige Punkte im Zusammenhang mit dem Inhalt des Postulates festhalten. Seit Beginn des Lockdowns sind vom Stadtrat, dem Pandemieteam und der Verwaltung verschiedene Massnahmen unbürokratisch und rasch getroffen worden, von welchen auch die Detaillisten und die Gastronomie unterstützt wurden. Die Rathausstrasse ist aber nun halt mehr als nur eine Strasse, sondern eine polyfunktionale Fläche. Bereits vor Inbetriebnahme ist im Zusammenhang mit den Gartenwirtschaften und Aussenplätzen bereits das Maximum heraus geholt worden. Eine diesbezügliche Erweiterung bei den Gastrobetrieben in der Rathausstrasse ist nicht mehr möglich. Die Ausweitung des Genussmarktes in die Seitenstrassen entspricht nicht oder nur kaum den Bedürfnissen der Standbetreiber, Gewerbetreibenden und Marktbesucher. Platzmangel ist eigentlich nur beim Genussmarkt am Samstagmorgen vorhanden, weshalb man auch das tragen der Schutzmasken empfiehlt, wenn die Einhaltung der Sicherheitsdistanz nicht oder nur beschränkt möglich ist. Nach der Auswertung der letzten Genussmarkt-Erkenntnisse durch den Krisenstab und die Polizei hatte die Stadt schlussendlich entschieden, dass ab sofort die Maskentragpflicht für die Verkäufer an den Marktständen gilt. Die Situation wird weiter beobachtet, neu beurteilt und gegebenenfalls neue Entscheide zur Sicherheit der Marktbesucher und Passanten gefällt. Im schlechtesten Fall müsste der Genussmarkt von der Rathausstrasse an einen anderen Ort verlegt werden.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit 12 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat Nr. 2020/195 vom Rat nicht an den Stadtrat überwiesen.

294 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Sozialhilfebehörde – Ersatzwahl von einem Mitglied der Sozialhilfebehörde für die restliche Amtsperiode vom 1. Juli 2020 – 31. Dezember 2020 (Nr. 2020/192)

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass Ratsmitglied Fabian Eisenring (SP) bereits in den Ausstand getreten ist, da dieser von der SP-Fraktion als neues Sozialhilfebehörde-Mitglied zur Wahl vorgeschlagen wird.

Er kann feststellen, dass das Eintreten auf das Wahlgeschäft unbestritten ist. Auf die Ausschreibung im Liestal aktuell vom 05. März 2020 ist einzig der Wahlvorschlag der SP-Fraktion eingegangen.

Dominique Meschberger (SP) meint, dass sie den vorgeschlagenen Kandidaten Fabian Eisenring wohl kaum näher vorstellen muss, ist dieser doch als Ratsmitglied bereits allen bekannt. Der Vorgeschlagene ist für dieses neue Amt sicher geeignet und wird von der SP-Fraktion zur Wahl empfohlen.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass über den Wahlvorschlag offen abgestimmt wird.

://: Herr Fabian Eisenring, geb. 1985, Grienmattweg 6, wird einstimmig als Mitglied der Sozialhilfebehörde für die restliche Amtsperiode vom 01. Juli 2020 bis 31. Dezember 2020 gewählt.

295 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Entwicklungs- und Finanzplan 2020-2024 (Nr. 2019/162) - Berichte Stadtrat, Finanzkommission (FIKO), Bau- und Planungskommission (BPK) sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK)

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) informiert, dass das Geschäft nach folgendem Ablauf behandelt werden soll:

- a) *Eintreten*
- b) *Bericht FIKO (Nr. 2019/162a)*
- c) *Bericht BPK (Nr. 2019/162b)*
- d) *Bericht SBK (Nr. 2019/163c)*
- e) *Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen*
- f) *Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung*
- g) *Einzelredner: Stellungnahmen*
- h) *Anträge*

a) Eintreten

Ratspräsident Werner Fischer kann feststellen, dass das Eintreten unbestritten ist.

b) Bericht FIKO (Nr. 2019/162a)

Fabian Eisenring (SP) informiert über die wichtigsten Punkte des FIKO-Berichtes gemäss Vorlage Nr. 2019/162a: Das Geschäft ist an zwei Sitzungen beraten worden. Die FIKO findet, dass der EP als sehr seriöses und gut leserliches Planungsinstrument beurteilt und diesen zur Kenntnis genommen hat. Auf die Zahlen selbst möchte er gar nicht näher eingehen, da der EP vom Stadtrat im letzten Herbst erstellt und der FIKO-Bericht ebenfalls schon im Februar 2020 verabschiedet wurde. Die Zahlen haben nicht mehr die gleiche Relevanz, zumal wegen COVID-19 doch grössere Anpassungen beim nächsten EP nötig sind. Im Zusammenhang mit dem Bevölkerungswachstum geht man von einem optimistischen und pessimistischen Szenario aus, die Statistik bzw. Prognosen sind auf Seite 2 des FIKO-Berichtes abgebildet. Die 14 strategischen Handlungsfelder sind von der FIKO ebenfalls positiv aufgenommen worden und auch die Nachhaltigkeit ist erfreulicherweise bei diesen Zielsetzungen dabei. Die FIKO beanragt dem Rat, beiden stadträtlichen Anträgen zuzustimmen.

c) Bericht BPK (Nr. 2019/162b)

Thomas Eugster (FDP) stellt den BPK-Bericht Nr. 2019/162b vor: Auch im vorliegenden EP sind nicht alle Investitionen aufgeführt, welche nötig wären, da dafür nach wie vor das Geld fehlt. Bei den Schulbauten besteht nach wie vor Nachholbedarf betreffend nötigen Sanierungen. Das Konzept betreffend den Modulbauten bei den Schulraumerweiterungen sowie -sanierungen wird konkretisiert. Und bei der Wasserversorgung hat sich bezüglich dem nötigen zweiten Standbein eine Lösung ergeben, wofür vom Stadtrat bereits eine Vorlage unterbreitet wurde, welche eine kostengünstige Lösung aufzeigt. Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass trotz den Sparbemühungen nichts verlottert und mit den zur Verfügung stehenden Mitteln sparsam umgegangen wird. Den stadträtlichen Anträgen stimmt man zu.

d) Bericht SBK (2019/162c)

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) als Vizepräsidenten der Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) fest, dass sich Kommissionspräsidenten Vreni Baumgartner (GL) kurzfristig für die heutige Sitzung entschuldigen lassen musste.

Sie verliest den präsidialen Bericht in schweizerdeutscher Sprache:

Gschätzti Awäsendi

Zum Schluss folgt no dr EP-Bricht vo dr SBK. Damit das Ganze möglichscht churz blybt, heb ich do nur die wichtigschte Ziel churz hervor: Für de Beriich Bidlig blybt d Schuelruumplanig e wichtigs Thema. Do wird sichin de neggschtä Joor viel tue, will Schuelhüüser renoviert wärde müend und au meh Klasse nötig sii wärde. Wo genau dr Schuelruum bruucht wird, cha sich zimmi schnäll ändere. Dorum isch do viel Flexibilität gfroogt – Flexibilität bi dr Planig, aber au bi dr Klasseitelig. Detail dezue chönne gärn sälber im Bricht noochegläse wärde. Wiiter het d SBK e churze liblick dri becho, was die neue kantonale Regeligä zu dr Speziellä Förderig für Lieschtel bedüte: Churz – Es wird sich nit viel ändere, do s Kontingent zum hütige Stand nur liicht tiefer usfallt. Au hei mir e churze Blick uf s ICT-Konzept gworfe, wo sowiit komplettumsetzt worde isch. De Schwerpunkt liigt bi dr Us- und Wiiterbildig vo de Lehrpersone im Bereich ICT – und nach de erschtä Fernschuel-Erfahrig wird das wohl au in Zuekunft en wiichtige Punkt bliibe. Chömme mir zum zweite Bereich: em Soziale. Do bliibe die wichtige Themenäd Choschtetriiber Sozialhilf, Asyl und Alter. In dr Sozialhilf isch neu e eng begleitet Sozialhilf iigführt worde. Das bedütet, das d Kliente monatlich uf dr Gmeind müend verbii cho, wo Ziel definiert undkontrolliert wärde. D Hoffnig isch, dass es so schnällere zun ere Ablösig us dr Sozialhilf chunnt, was me in andere Gmeinde mit däm System cha beobachte. S Asylwäse isch im Moment überhaupt nit strapaziert und s Wohnheim für Asylsuechendi in Lieschtel stoht momentan au leer. Do vieli Asylsuechendi jedoch nüm wiiter vom Bund unterstützt wärde – das passiert nach 5 bzw 7 Joor – falle die Choschte jetzt ufe Sozialdienscht vo dr Gmeind, was sich in deChöschte für d Sozialhilf abzeichnet. Im Bereich Alter het d „Altersbetreuung und Pflegeregion Liestal“ mit momentan 12 Mitglieder d Planigsarbet ufgno. Wenn alles nach Plan wiiter lauft, no soll die Afangs 2021 ihri Arbet chönne ufneh. Im Zämmehang mit em Berich Soziales händ mir au dieses Joor no d Controlling-Lischtene vo de verschiidene Leitbilder und Strategiepapier agluegt. Zu denä jewiils no ei churze Satz: Zum Altersleitbild: Plant isch do, dass die tolle Agebot wos hüt bereits in und um Lieschtel git mit ere „Seniorenmesse 55+“ bekannter gmacht wärde. Do die Mäss wäg dr aktuellä Situation het müessä abgeseit wärde, isch z hoffe das sie doch no in de neggschtä Joor cha noochgholt wärde. Zum Jugendleitbild: Au im Bereich Jugendarbet hätte zwei Aläss für Verein und Jugendliche zur Steigerig vo dr Integration sölle statfinde, au do isch z hoffe, dass die chönne noochegholt wärde. Zuedäm gits verschiideni chliineri Projekt wo vo de Jugendliche sälber agrisse wärde und Unterstützig vo dr Stadt bechöme. Zum Strategiepapier Integration: Die formulierte Ziel bim Strategiepapier Integration stellä sich zum Teil als schwiriig use bi dr Umsetzig. Im Moment wärde do vor allem Ziel für d Integration vo Jugendliche verfolgt, was sich au zum Teil mit de Ziel vom Jugendleitbild überschniidet. D Besprächig vo dene Controllinglische isch wie immer spannend und lehrriich gsi. Durch d uuflichtig vo de konkrete Umsetzige wird erscht klar, was alles gleichtet wird und worde isch, und es entstünde neui Idee was no wärd e cha. Zuedäm hei mir im Zämmehang mit dr Bildig dieses Joor no de Bricht zur Schuelsozialarbet agluegt. Zu däm isch folgendes feschtzhalte: d Schuelsozialarbet in dr Primar Lieschtel gits siit August 2016, und sie isch bi dr lifüehrig em Bereich Bildig unterstellt worde. E Zuesatzatrag vo dr SBK het bi dr lifüehrig vo dr Schuelsozialarbet dezue ufgforderet, nach zwei Joor e Evaluation zur lifüehrig duurezführe und dezue en Bricht z verfasse. D Schuelsozialarbet isch guet aglofe und wird sowohl vo de Lehrpersone als au de Schüelerinne und Schüeler sehr gschätzt und rege gnutzt. Ei Punkt wo bi dr Evaluation als sehr wichtig hervorgange isch, isch dass d Schuelsozialarbet eifach und an allne Standort zuegänglich sii muess – was es momentan au isch. Us derä Evaluation isch ei grossi Änderig hervorgange: d Schuelsozialarbetisch nüm em Bereich Bildig, sondern neu em Bereich Soziales untergordnet. Durch de Wächsel sind d MitarbeiterInne vo

dr Schuelsozialarbet jetzt au Teil vom Sozialdiensch und händ durch das gwüssi Vorteil bim Umgang mit komplexe Situatione und Gfährdigsmäldige. D SBK gseht d Vorteil wo de Wächsel mit sich bringt, isch jedoch au dr Meinig, dass au das nach zwei Joor wieder prüeft und drüber brichtet söll wärde, damit me sicher cha sii, dass sie bim Soziale wüirklich riichtig ligt. Zum Schluss no churz en Dank an alli wo bi denä zwei SBK-Sitzige mitgwürkt händ. D SBK empfiehlt em liwohnerrot eistimmig de beidä Aaträg vom Stadtroot z folge und vom Entwicklungsplan und em Stelleplan Kenntnis z neh.

e) Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtpräsident Daniel Spinnler führt aus, dass im Zusammenhang mit COVID-19 die Erfolgsrechnung vermutlich schon einiger grösserer Anpassungen bedarf. Der EP ist eine rotierende Fünfjahresplanung mit integriertem strategischen Teil und letztlich geht es um die Lebensqualität in Liestal. Die Lebensqualität soll in und vor allem nach der Krise aufrecht erhalten. Im EP sind verschiedenen Themenbereiche aufgeführt, denn wir wollen nicht überall etwas mittelmässig sein, sondern die Stärken sollen weiter ausgebaut werden. Daraus wurden auch die 14 strategischen Handlungsfelder und Ziele definiert und diese haben nach wie vor Gültigkeit. Die Steuervorlage 17 wird uns finanziell stark belasten und man wird sehen, inwieweit diese Mehrbelastung mit dem Finanzausgleich des Kantons wieder ausgeglichen werden kann. Die anstehenden Investitionen sind in akribischer Arbeit aufgelistet worden, wobei die Schulraumbauten im Fokus stehen. Im Zusammenhang mit dem Bevölkerungswachstum ist es für den Stadtrat relevant und wichtig, dass man die Parameter im Auge behält, damit man beispielsweise auf Veränderungen reagieren kann. Die Sozialhilfe wird uns sicher weiter beschäftigen und auch der nachhaltige Einsatz der Ressourcen ist als Handlungsfeld definiert worden. Bei der Nachhaltigkeit spielen die sozialen, ökonomischen und ökologischen Aspekte eine Rolle. Und im Ausblick in den Zahlenbereich möchte er vorwegschicken, dass Gemeinden im Vergleich zu Privaten und Unternehmungen praktisch nicht in Konkurs gehen und nach wie vor kann Liestal Fremdmittel aufnehmen, um die Liquidität sicherstellen zu können. Das heisst aber nicht, dass wir damit einen Freipass haben und uns bis ins Unendliche verschulden können bzw. die Schuldenlast unseren Nachfolgern überlassen wollen. Die Konjunkturanalysen sind insbesondere in der jetzigen Situation doch recht schwammig, doch rechnet man im gesamtschweizerischen Durchschnitt mit Mindereinnahmen von rund zehnt Prozent bei den natürlichen Personen und mit den Mindereinnahmen bei den Unternehmenssteuern dürfte sich der für Liestal die Steuerbussen auf rund sechs Millionen belaufen. Diese Zahlen sind mit äusserster Vorsicht zu geniessen, doch im Juni wird vom BAK Basel auftrags des Kantons eine Studie gemacht und dann wird man solche Zahlen wohl besser verifizieren können. Nächste Woche wird der Stadtrat in einem Zwischenbericht der Buchhaltung genauere Zahlen betreffend Liestal erhalten und dann dürften wohl auch die ersten finanziellen Folgen und Konsequenzen von COVID-19 bekannt sein. Wir werden auch in Zukunft gefordert sein, um die Ziele erreichen zu können. Zusammen müssen Lösungen gefunden werden, um die Krise meistern zu können.

f) Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

Dominic Odermatt (FDP) bemerkt, dass es offensichtlich ist, dass die ER-Vorlage Nr. 2019/162 zumindest teilweise zur Makulatur geworden ist, insbesondere wenn es um die Finanzen geht. Doch es ist auch ein Entwicklungsplan, in welchem die strategischen Handlungsfelder definiert sind. Die stadträtliche Vorlage ist in seiner Fraktion sehr positiv aufgenommen worden, denn in diesem sind nicht nur die Zielsetzungen, sondern auch Massnahmen definiert, mit welchen man die Ziele erreichen möchte. In finanzieller Hinsicht wird sich die finanzielle Situation nach COVID-19 bestimmt noch mehr verschlechtern, so muss der Stadtrat seinen Handlungsspielraum dort ausnutzen, wo es überhaupt noch möglich ist. Und denkt man an die Finanzierung der Kindertagesstätten sowie Subsidiarität müsste man sich gar Handlungsspielraum schaffen. Sonderwünsche werden künftig wohl nicht mehr erfüllt werden können, weil wir uns diese

schlichtweg nicht leisten können. Den Anträgen des Stadtrates und der FIKO wird man zustimmen.

Michael Durrer (GL) findet, dass dem Rat vom Stadtrat wie gewohnt ein EP unterbreitet wurde, welcher hinsichtlich Qualität und Detaillierungsgrad wiederum sehr gut ist. Es ist durchaus nicht selbstverständlich oder verpflichtend, dass dieses Planungsinstrument immer wieder in dieser Qualität und mit so vielen fundierten Detailinformationen ausgearbeitet wird. Es steht extrem viel Arbeit vom Stadtrat und der Verwaltung dahinter und die EP's werden nicht einfach alljährlich überschrieben und nur punktuell angepasst. Seine Fraktion wird den Anträgen zustimmen.

Markus Rudin (SVP) orientiert, auch die SVP-Fraktion habe sich mit der stadträtlichen Vorlage sowie den drei Kommissionsberichten befasst. Wohl die meisten Ratsmitglieder hatten sich bereits bei der Vorberatung in den Kommissionen mit dem EP beschäftigt und konnten attestieren, dass vom Stadtrat im Zusammenhang mit dem vorliegenden Planungsinstrument sehr gute Arbeit geleistet wurde. Natürlich stimmen nicht mehr alle Zahlen, doch die strategische Stossrichtung für die nächsten Jahre ist immer noch dieselbe. Einstimmig wird man die Anträge unterstützen.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass die Lebensqualität-Förderung in Liestal im umfangreichen EP-Dokument immer wieder thematisiert und gut umschrieben wird. Auch sind die geplanten Massnahmen zur Erreichung der strategischen Ziele formuliert. Erfreut habe man zu Kenntnis genommen, dass auch die Nachhaltigkeit ein Thema ist. Eine Herausforderung wird sicher der Bildungsbereich sein, da nebst Sanierungen auch zusätzlicher Schulraum nötig ist. Die Lehrkräfte sollten ja ihre Schüler auf die herausfordernde Zukunft in der digitalen Welt vorbereiten, waren aber im Zusammenhang mit dem Fernunterricht der letzten Wochen betreffend COVID-19 teilweise schon voll am Anschlag. Und diesbezüglich sollte man dann in der Zukunft doch auch schon ein Augenmerk darauf haben. Der EP ist ein toller Bericht und man wird den Anträgen zustimmen.

Peter Küng (SP) bemerkt, dass gemäss den drei Kommissionsberichten und vorgängigen Voten der EP ein gutes Planungsinstrument ist, was auch von der SP-Fraktion unterstrichen werden kann. Der jetzige Behandlungszeitpunkt gibt aber diesem guten Planungsinstrument nicht die richtige Wertschätzung, darum ist von seiner Fraktion auch die Motion Nr. 2020/179 für eine Zusammenlegung des Budget mit dem Entwicklungsplan eingereicht worden. Die strategischen Ziele des Stadtrates können vollumfänglich unterstützt werden. Zu wenig erwähnt worden ist der Stellenplan, denn dieser hat sich seit mehreren Jahren nicht oder nur sehr geringfügig geändert. Als langjähriges Einwohnerratsmitglied erlaubt er sich die Frage, ob sich denn der Stellenplan nach der Arbeit richtet oder ob sich die Arbeit nach dem Stellenplan richtet? Die Anträge des Stadtrates und der Kommissionen werden unterstützt.

g) Einzelredner: Stellungnahmen

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass sich keine Einzelredner zum Geschäft äussern möchten.

h) Anträge

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr aus der Ratsmitte angemeldet werden.

Die stadträtlichen Anträge werden von allen 3 Kommissionen unterstützt.

- ://: Der Rat nimmt einstimmig den Entwicklungs- und Finanzplan 2020-2024 der vier Rechnungskreise (Einwohnerkasse, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung) zur Kenntnis.
- ://: Vom Stellenplan wird einstimmig Kenntnis genommen.

296 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Zonenreglement Siedlung, Mutation – Festlegung Lärmempfindlichkeitsstufen und Aufhebung LES-Plan; Bericht der Bau- und Planungskommission (Nr. 2020/177)

Thomas Eugster (FDP) hält die wichtigsten Punkte des BPK-Berichtes gemäss Vorlage Nr. 2020/177a kurz fest: Nach der letzten Zonenplan-Revision kann nun nach 10 Jahren auch noch die letzte Pendenza erledigt werden, indem auf die Lärmaufstufungen verzichtet wird und die Eigentümer entlang von stark befahrenen Verkehrsachsen vermehrt in die Pflicht genommen werden, denn gemäss Bundesgesetzgebung soll der Lärm an der Quelle bekämpft werden. Die BPK-Mitglieder befürworten einstimmig die LES-Mutationen gemäss den stadträtlichen Anträgen.

Reto Derungs (SP) informiert, seine Fraktion unterstütze die Anträge des Stadtrates und der BPK. Der LES-Plan ist auftrags des Kantons überarbeitet worden und das Hauptziel ist die Lärmbekämpfung an der Quelle.

Markus Rudin (SVP) hält fest, dass die BPK von Bereichsleiter Thomas Noack vom Stadtbauamt und von Frau Althaus der kantonalen Lärmschutz-Abteilung über die Rechtslage und vorgeschlagenen Massnahmen sowie Mutationen informiert wurde. Die SVP-Fraktion wird die beantragten Mutationen ebenfalls unterstützen.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) meint, dass es sich doch um ein recht komplexes Geschäft handelt. Die Festlegung der Lärmempfindlichkeitsstufen beim Zonenreglement Siedlung dürfte wohl eher unproblematisch sein, doch dürften die noch festzulegenden LES für das Zentrum vermutlich dann schon noch mehr Anlass zu Diskussionen geben. Die Mittefraktion unterstützt aber ebenfalls die Anträge des Stadtrates und der BPK im Zusammenhang mit der Vorlage Nr. 2020/177.

Natalie Oberholzer (GL) äussert, auch ihre Fraktion begrüsse und unterstütze die rechtliche LES-Bereinigung gemäss Bericht und Antrag des Stadtrates. Damit kommt auch das Verursacherprinzip gemäss Umweltschutzgesetz zum tragen.

Peter Bürgin (FDP) informiert, auch die FDP-Fraktion unterstütze die Anträge des Stadtrates und BPK.

Stadtrat Franz Kaufmann ist erfreut über die positiven Rückmeldungen der BPK und der Fraktionen, damit die uralte Pendenza noch doch auch noch erledigt und ad acta gelegt werden kann. Er weist darauf hin, dass es sich um eine Zonenplanänderung handelt und es gemäss ER-Geschäftsreglement eigentlich zwei Lesungen bedarf, was bis jetzt noch nicht erwähnt wurde.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stimmt der Aussage von Stadtrat Franz Kaufmann zu und erklärt, dass der Geschäft in einer 2. Lesung am 24. Juni 2020 beraten und im Anschluss daran über die stadträtlichen Anträge abgestimmt wird.

297 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Trinkwasserverunreinigung Juli 2019 – Zwischenbericht der Geschäftsprüfungskommission (Nr. 2020/191)

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Hanspeter Meyer (SVP) hält als Präsident der Geschäftsprüfungskommission die wichtigsten Punkte des GPK-Berichtes gemäss Vorlage Nr. 2020/191 kurz fest: Die GPK ist vom Stadtrat sehr umfassend über die Trinkwasserverunreinigung vom vergangenen Sommer informiert worden. Die Abklärungen und auch die Berichterstattung sind sehr heikel, weil nach wie vor Haftungsfragen ungeklärt sind. Weil das Ende der Fahnenstange noch nicht absehbar ist, hat die GPK entschieden, dem Rat einen Zwischenbericht zu unterbreiten, in welchem die wichtigsten Fakten erwähnt sind. Speziell möchte er nochmals an dieser Stelle festhalten, dass die Betriebe und auch die Bauleitung bei diesem Ereignis hervorragend reagiert und funktioniert hatten, wodurch noch ein viel grösserer Schaden verhindert werden konnte. Der Rat wird um die Kenntnisnahme des GPK-Zwischenberichtes ersucht.

Namens der SVP-Fraktion darf er festhalten, dass diese den GPK-Bericht zustimmend zur Kenntnis nimmt.

Lisa Faust (GL) informiert, dass die GPK sehr ausführlich informiert wurde und all ihre Fragen im Zusammenhang mit dem Ereignis beantwortet werden konnten. Eine GPK-Delegation hatte auch beim beauftragten Ingenieurbüro noch Informationen im Zusammenhang mit der Bauleitung eingeholt. Man ist gespannt auf den Ausgang des Verfahrens im Zusammenhang mit den Haftungs- und Entschädigungsfragen, damit dann dem Rat ein Schlussbericht unterbreitet werden kann.

Richard Gafner (FDP) erklärt, auch die FDP-Fraktion habe vom GPK-Bericht Kenntnis genommen und bedankt sich bei dieser für die bisher getroffenen Abklärungen und auch die Berichterstattung. Dank dem umsichtigen Handeln und der rechtzeitigen Aktivierung der Krisenorgane konnte bei der Trinkwasserverschmutzung vom Sommer 2019 doch Schlimmeres verhindert werden.

Bernhard Bonjour (SP) unterstützt die vorgängigen Voten der Vorredner. Ergänzend möchte er lediglich festhalten, dass die neue GPK sich mit dem Submissionswesen befassen sollte.

Daniel Schwörer (FDP) merkt an, dass nebst der lobenswerten Behebung des Ereignisses auch speziell zu erwähnen ist, dass die Ursache von dem Zwischenfall nicht der Wasserversorgung von Liestal angelastet werden muss.

Stadträtin Marie-Theres Beeler dankt für die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der GPK und dem Stadtrat bei den Abklärungen zur Trinkwasserverunreinigung 2019 und hofft, dass dem Rat bald einmal ein Schlussbericht vorgelegt werden kann.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat nimmt mit einstimmig vom GPK-Zwischenbericht vom 6. Mai 2020 Kenntnis.

298 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Buserschliessung Rosen- und Fraumattquartier – Bericht Stadtrat zum Postulat «Buserschliessung Rosen- und Fraumattquartier» von Stefan Fraefel und Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2016/25)

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) dankt als Postulant für die Beantwortung seines Vorstosses, welches er vor vier Jahren eingereicht hatte. Von der Einreichung seines Postulates bis zur Umsetzung dauerte es rund 10 Jahre, was doch etwas ein Wermutstropfen ist. Schön und erfreulich ist jedoch, dass die Idee des Postulates aufgenommen wurde und Änderungen angedenkt sind, welche teilweise auch nur in der Möglichkeitsform in Aussicht gestellt werden. Er ist zuversichtlich hinsichtlich der Umsetzung durch den Stadtrat und stimmt dessen Anträgen zu.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) erklärt als Mitverfasserin des Postulates, dass auch sie sich im schon etwas älteren Geschäft wieder einlesen musste. Im ausführlichen Bericht findet man dann doch auch noch den Teilbereich Rosen- und Fraumattquartier, welcher im Postulat thematisiert wird. Nach der Postulatseinreichung ist zwischenzeitlich schon der Viertelstunden-Takt eingeführt worden und sollte das Buslinienkonzept wie geplant umgesetzt werden, würden die Begehren der Postulanten noch weit übertroffen. Schade ist lediglich, dass im Zusammenhang mit der Umsetzung noch der Entscheid des Landrates notwendig ist.

Dominik Beeler (GL) führt aus, seine Fraktion begrüsse ebenfalls die geplanten Verbesserungen für die beiden Quartier. Die Entwicklung muss aber weiter gedenkt werden und es dürfen auch diejenigen Quartiere nicht vergessen werden, welche nicht oder nur sehr schlecht vom öffentlichen Verkehr erschlossen werden. So ist man gespannt auf das Abstimmungsergebnis der Ortsbus-Initiative vom 27. September 2020. Seine Fraktion stimmt den stadträtlichen Anträgen zu.

Hanspeter Meyer (SVP) äussert, die SVP-Fraktion sei mit dem stadträtlichen Bericht sehr einverstanden. Der Bericht verdeutlicht, wie kompliziert und komplex die Fahrplangestaltung im öffentlichen Verkehr ist und die Findung von optimalen Lösungen sehr schwierig ist. Er regt an, dass eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Bevölkerung und auch des Gewerbes installiert wird, welche sich mit den öV-Anliegen befasst. Den beiden Anträgen des Stadtrates wird seine Fraktion zustimmen.

Reto Derungs (SP) erinnert daran, dass ja in 5 Jahren der SBB-Vierspurausbau fertig sein sollte, womit dann beispielsweise der Viertelstunden-Takt nach Basel möglich sein wird. Die entsprechende Anpassung des Busliniennetzes sollte deshalb auch überdenkt und Anpassungen vorgenommen werden. Seine Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Bruno Imsand (FDP) erklärt, auch seine Fraktion unterstütze die Abschreibung des Postulates. Bei Stau im Gitterligebiet wird ja die neue Route bereits heute teilweise genutzt, damit der Stau umfahren werden kann. Nun hoffen wir, dass das Landrat auch dank der Unterstützung der Kantonsparlamentarier, welche sich hier im Saal befinden, der neuen Buslinienführung zustimmen werden.

Stadtrat Franz Kaufmann äussert, er nehme die Kritik aus dem Einwohnerrat wegen der langen Dauer für die Postulatsbeantwortung so entgegen. Er habe aber doch auch den Anspruch, dass Anliegen des Einwohnerrates in einer gewissen Qualität geprüft und bearbeitet werden, bevor sie dem Rat beantwortet werden. Und gerade bei einem so komplexen Geschäft wird im vorliegenden Fall braucht es einen gewissen Vorlauf mit zahlreichen Beteiligten.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat nimmt einstimmig das Linienkonzept „Busererschliessung Stadt Liestal“ 2025 zur Kenntnis.

://: Das Postulat Nr. 2016/125 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

299 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Gemeinde-App Liestal – Bericht des Stadtrats zum Postulat betreffend «Gemeinde-App Liestal» von Fabian Eisenring der SP-Fraktion (Nr. 2019/176)

Fabian Eisenring (SP) dankt als Postulant für die ausführliche Berichterstattung des Stadtrates zu seinem Vorstoss. Die abschlägigen Antworten nehme er so zur Kenntnis und doch möchte er diesbezüglich noch einige Punkte festhalten, bei welchen er nicht ganz einverstanden ist. Die Abhängigkeit von den Anbietern bei Drittanbietern ist einleuchtend, doch sind für ihn die angeblichen Kompatibilitätsprobleme nicht ganz nachvollziehbar, zumal ja andere Gemeinden bereits über eine Gemeinde-App verfügen. Auch war in seinem Vorstoss nie die Rede von einem reduzierten Inhalt bei der App gegenüber der Homepage. Den Grundsatz von „mobile first“ unterstütze er natürlich auch und er hofft, dass die neue Homepage diesen Grundsatz dann auch erfüllt. Interessieren würden ihn natürlich die Kosten sowie der Zeithorizont im Zusammenhang mit der neuen Homepage. Der kann die stadträtlichen Anträge im Zusammenhang mit seinem Postulat unterstützen.

Michael Durrer (GL) hält fest, dass Liestal ein attraktiver Wohnort ist und man macht viel für Förderung der Lebensqualität und Wahrnehmung von Liestal als Kantonshauptort. Der bisherige Webauftritt wird diesen Massnahmen aber nicht ganz gerecht. Wenn jemand Liestal nicht kennt und auf die Homepage der Stadt geht, wird er nicht gerade ein ansprechendes Bild von Liestal haben, obwohl die Homepage doch eine wichtige Visitenkarte wäre. Die bevorstehende Homepageüberarbeitung und die Absicht für den Fokus auf mobile Geräte freue ihn natürlich schon, da sich halt das Nutzerverhalten schon wesentlich verändert hat. Gemäss stadträtlichem Bericht soll künftig auch ein Angebot für den Empfang von Push-Nachrichten möglich sein. Er habe auch die Gemeinde-App von Pratteln heruntergeladen, da dieser Anbieter bei rund 550 Gemeinden tätig ist. Mit dieser erhält man wichtige Information sowie Angebote übersichtlich und einfach. Und wenn man solche Angebote künftig auch ohne App anbieten kann, wäre das natürlich auch in Ordnung. Auch seine Fraktion wird der Postulatsabschreibung zustimmen. Persönlich ist er der Meinung, dass wir hier im Rat bei Themen wie Facebook, Gemeinde-App usw. etwas hinterher hinken. Natürlich kann und muss man bei dieser rasanten Entwicklung nicht immer aktuell sein und alles mitmachen. Wichtig ist aber doch, dass man bei solchen Diskussionen nicht immer alleine vom eigenen Nutzungsverhalten ausgeht. Und wenn man die Zahlen im stadträtlichen Bericht den möglichen Nutzen, der besseren Aussenwirkung Liestals und Standortförderungs Vorteilen gegenüber stellt, so darf man doch sicher sagen, dass dieser finanzielle Aufwand doch verhältnismässig klein ist.

Reto Pusterla (FPD) dankt dem Postulenten für den Vorstoss, denn bei verschiedenen Tests und Abklärungen hatte er selber auch gemerkt, dass auch bei ihm selbst noch viel Luft nach oben bei solchen Themen vorhanden ist. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass von der Verwaltung die Möglichkeit einer Gemeinde-App sorgfältig geprüft wurde und die Einschätzung des Stadtrates wird unterstützt, dass mit der bevorstehenden Homepage-Überarbeitung ebenfalls eine optimale Lösung erreicht werden kann. Die Anträge des Stadtrates wird man unterstützen.

Andreas Salathe (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass in der Mittefraktion unterschiedliche Meinungen bezüglich einer Gemeinde-App vertreten wurden, da App-Angebote selbst bei den Jugendlichen auch nicht mehr so attraktiv sind, wie auch schon. Die vom Stadtrat erwähnte neue Homepage-Lösung ist wohl zielorientierter. Den Anträgen des Stadtrates wird man zustimmen.

Beat Gränicer (SVP) stellt fest, dass das Wichtigste bereits gesagt wurde und er lediglich dafür informieren möchte, dass die SVP-Fraktion der Postulatsabschreibung ebenfalls zustimmen werde.

Stadtpräsident Daniel Spinnler dankt für die mehrheitlich gute Aufnahme des Berichtes im Rat. Im Zusammenhang mit dem vorliegenden Geschäft sind die Jugendlichen mehrmals als mögliche Nutzer erwähnt worden. Er selbst macht immer wieder die Erfahrung, dass deren Knowhow nicht immer über alles erhaben ist und diese nicht durchwegs Cracks sind. Er habe in diesem Bereich schon seit seiner Jugend persönliche Erfahrungen gesammelt und sich auch noch etwas schlau betreffend dem Gebrauch von App's gemacht. Die Kompatibilitätsprobleme dürften sich gegebenenfalls noch in naher Zukunft lösen lassen und hinsichtlich den Kosten von einmalig CHF 25'000.-- und jährlichen Lizenzkosten von CHF 5'000.-- müsste vermutlich auch die Frage gestellt werden, wie gross schlussendlich der Nutzeranteil ist, welche von solchen Angeboten Gebrauch machen. Und so dürften beispielsweise die Abfallinfos der Gemeinde-App von Pratteln für die Jugendlichen auch nicht so prickelnd sein. Und entscheidend ist doch auch, dass es sich bei einer Gemeinde-Homepage um eine Behördenseite mit vorwiegend amtlichen Informationen und nicht um ein Zugangsportal für das Standortmarketing handelt. Dem Stadtrat ist die Aktualisierung dieser Informationen wichtiger, als beispielsweise die Omnipräsenz auf Twitter, Facebook usw. Bereits vor der bevorstehenden Aktualisierung darf man sicher behaupten, dass die Informationen unserer Homepage übersichtlich sowie umfangreich und auch leicht zu finden sind. Eine Behörden-Homepage sollte wohl auch eher Inhalte und nicht einfach nur ein paar schöne Bildchen liefern. Und bereits heute kann man sich per E-Mail Push-Nachrichten schicken lassen. Auch hat sich der Stadtrat bereits darüber Gedanken gemacht, wie man das Standortmarketing auffangen will, doch darauf möchte er an dieser Stelle nicht näher eingehen.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat nimmt einstimmig vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2019/176a Kenntnis.

://: Das Postulat Nr. 2019/176 wird mit einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

300 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Zufahrtsbewilligung Stedtli - Interpellation «Zufahrtsbewilligung Stedtli: Nichtigkeit – wie weiter?» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2020/180)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal
Stefan Fraefel
CVP/EVP/GLP-Fraktion

Liestal, 28. Januar 2020

**Interpellation
Zufahrtsbewilligung Stedtli: Nichtigkeit – wie weiter?!**

Der Unterzeichnende hat mit Interpellation 2019/168 diverse Fragen aufgeworfen im Zusammenhang mit einem Kantonsgerichtsentscheid, der die Nichtigkeit des Entzugs der Zufahrtsbewilligungen Rathausstrasse feststellte. Bereits damals wurde darauf hingewiesen, dass Nichtigkeit in rechtlicher Hinsicht bedeutet, dass die nichtige Verfügung – hier der Widerruf der Bewilligung – völlig unbeachtlich ist, und zwar nicht nur jener der Beschwerdeführer, sondern von allen Personen, denen Ende 2017 ihre Zufahrtsbewilligung auf die gleiche (unzulässige) Art widerrufen worden ist. Der Unterzeichnende hat nun erfahren, dass die Stadt Liestal trotz des rechtskräftigen Kantonsgerichtsentscheids nicht vorhabe, alle Zufahrtsbewilligungen noch einmal, und zwar dieses Mal auf rechtlich gültige Art und Weise zu entziehen, da alle anderen sich ja nicht gewehrt und den Entzug akzeptiert hätten. Nur gegenüber den Beschwerdeführern würde die Bewilligung rechtlich korrekt erneut entzogen. Dies hat der Stadtrat in der schriftlichen Beantwortung der Interpellation 2019/168 auch implizit bestätigt. Damit verkennt der Stadtrat die Bedeutung der Nichtigkeit. Der Stadtrat wird eindringlich gebeten, diesbezüglich die Erwägungen 5 und 6 des Kantonsgerichtsurteils vom 11.09.2019 (810 18 332) zu lesen und die einschlägige Rechtsliteratur zu konsultieren. Mit dem Kantonsgerichtsentscheid (und dem Verhalten des Stadtrats) haben alle bisherigen Inhaber von Zufahrtsbewilligungen zum Stedtli weiterhin das Recht, die Rathausstrasse zu befahren – nur (bald) die Beschwerdeführer nicht (mehr), da nur ihnen gegenüber der Entzug rechtlich korrekt verfügt werden wird (oder schon verfügt wurde). Hinzu kommt, dass vor Kantonsgericht aufgezeigt wurde, dass einige Inhaber von Stedtli-Zufahrtsbewilligungen gar nie ein Entzugs-Schreiben erhielten. Wer kein (nichtiges) Schreiben erhalten hat, konnte dieses auch nicht akzeptieren. Durch sein Verhalten privilegiert der Stadtrat all jene Stedtli-Anwohner, die sich nicht zur Wehr setzten (diese dürfen weiterhin ins Stedtli fahren) und «bestraft» diejenigen, die von den ihnen zustehenden Rechten Gebrauch gemacht (und obsiegt) haben. Diese rechtsungleiche Behandlung erscheint rechtswidrig und in hohem Masse stossend.

Ich ersuche den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Verfügt die Stadtverwaltung von Liestal über eine vollständige Liste all jener Personen oder Fahrzeuge/Kontrollschilder, die über eine Zufahrtsbewilligung zur Rathausstrasse verfügen (oder verfügten)? Wie viele Zufahrtsbewilligungen wurden entzogen?
2. Ist es zutreffend, dass der Stadtrat resp. die Stadtverwaltung beschlossen hat, grundsätzlich gegenüber allen Inhabern von Zufahrtsbewilligungen zum Stedtli den Entzug derselbigen trotz Nichtigkeit des Entzugs nicht noch einmal rechtlich korrekt zu verfügen?
3. Wenn ja, warum verfügt der Stadtrat nicht den rechtskonformen Entzug aller Zufahrtsbewilligungen, obwohl er aufgrund des kantonsgerichtlichen Entscheids hierzu verpflichtet wäre (wenn er am Entzug festhalten will)? Und weshalb privilegiert der Stadtrat all jene Inhaber von Zufahrtsbewilligungen, die nicht den Rechtsweg beschritten – und benachteiligt umgekehrt jene, die ihre Rechte ausgeübt haben?
4. Bis wann wird die Verwaltung den rechtskonformen Zustand erreicht haben?
5. Wie und bis wann wird der Stadtrat dem Einwohnerrat – im Rahmen seiner Oberaufsichtsfunktion – das rechtskonforme Handeln belegen?

Herzlichen Dank.

* * * * *

Stadträtin Regula Nebiker kann darüber informieren, dass im Herbst 2017 alle damals bekannten 57 Karteninhaber kontaktiert wurden. Es kann natürlich nicht ausgeschlossen werden, dass noch Zufahrtsbewilligungen im Umlauf sind, die gar nicht mehr gültig sind. Die zweite Frage muss sie verneinen. Der Entzug muss gemäss Gerichtsurteil bei allen bekannten Bewilligungsinhabern nochmals verfügt werden, doch muss das definitive Urteil noch abgewartet werden. Auch überlegt man sich, ob man gegebenenfalls nochmals eine Allgemeinverfügung erlassen soll oder nicht. Das in der dritten Frage thematisierte Vorgehen wird gemacht und umgesetzt. Sobald das rechtsgültige Urteil vorliegt, wird man den rechtskonformen Zustand mit den neuen Verfügungen erreichen. Der Stadtrat wird den Einwohnerrat zur gegebenen Zeit über den Vollzug informieren.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) dankt als Interpellant für die Beantwortung seiner Fragen und stellt fest, dass er keine Diskussion wünsche.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2020/180 durch den Stadtrat.

301 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Zufahrt ins Stedtli – Motion «Für eine sinnvolle und verhältnismässige Zufahrt ins Stedtli» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2020/183)

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal
Stefan Fraefel
CVP/EVP/GLP-Fraktion

Liestal, 28. Januar 2020

Motion

Für eine sinnvolle und verhältnismässige Zufahrt ins Stedtli

Wie den Verfahrensakten im Zusammenhang mit dem Kantonsgerichtsurteil vom 11. September 2019 (810 18 332) i.S. Zufahrtsbewilligung Stedtli entnommen werden kann, stellt sich der Stadtrat auf den Standpunkt, dass es verhältnismässig resp. in Ordnung sei, Anrainern der Rathausstrasse die Zufahrt über die Rathausstrasse zu ihrem Grundeigentum resp. –besitz ausserhalb der Anlieferungszeiten komplett zu untersagen resp. nur ausnahmsweise mit schriftlicher Bewilligung für jeden Einzelfall zu gestatten. Dabei argumentiert der Stadtrat im Wesentlichen damit, dass dies der Wunsch des Einwohnerrats gewesen sei.

Es war sicher der Wunsch des Einwohnerrats, die Rathausstrasse möglichst vom Autoverkehr zu befreien und zu einer Flanierzone umzugestalten. Der Unterzeichnende bezweifelt aber, dass es auch das Ziel des Einwohnerrates war, Anrainern der Rathausstrasse die Zufahrt zu ihren Liegenschaften während 75% oder mehr des Tages generell zu verunmöglichen. Dies erscheint nicht verhältnis-mässig. Ein Zufahrtsverbot während den Ladenöffnungszeiten (ausserhalb der Lieferzeiten) erscheint sicher sinnvoll – nicht jedoch am Abend oder in der Nacht, wo sich ohnehin kaum Menschen im Stedtli aufhalten.

Soweit ersichtlich fehlt in Liestal zudem generell eine gesetzliche Regelung, wer unter welchen Umständen zu welchen Konditionen eine Ausnahmbewilligung zur Befahrung mit Fahrverbot belegter Strassen erhalten kann. Unklar erscheint auch, ob bereits jetzt das Fahrverbot nicht beachtende Personen (z.B. Marktfahrer am Genussmarkt/Mittwochsmarkt, Traktorführer am Fasnachtsumzug, politische Parteien bei Standaktionen) über eine Ausnahmbewilligung verfügen und wenn ja, auf welcher gesetzlicher Grundlage diese basiert.

Ich ersuche den Stadtrat daher die notwendigen Rechtsgrundlagen zu schaffen resp. anzupassen zwecks Einführung folgenden Verkehrsregimes:

- Einer Begegnungszone mit Fahrverbot für Motorfahrzeuge (Signal 2.14) in der Rathausstrasse mit folgenden Ausnahmen:
 - Der bewilligungsfreien Zufahrt mit Motorfahrzeugen zum Güterumschlag in zu definierenden Zeiten (z.B. Mo-Fr 05.00-08.00, Sa 08.00-11.00, wie schon heute)
 - Der Berechtigung für Anrainer¹ der Rathausstrasse², eine begrenzte Anzahl von Dauerbewilligungen zu beziehen, die das Befahren der Rathausstrasse mit bestimmten Motorfahrzeugen zu Nebenzeiten (z.B. täglich zwischen 19.00 und 05.00 (Mo-Fr) / 08.00 (Sa/So) dauerhaft gestatten
 - Der Regelung der Modalitäten zum Bezug von Ausnahmbewilligungen für die Befahrung mit Fahrverbot belegter Strassen auf dem Gemeindegebiet von Liestal für jedermann auf möglichst bürgerfreundliche Art, namentlich Online-Schalter (Bezugsgründe, Vorgehen, Kosten)
 - Der Regelung weiterer Ausnahmen (Marktfahrer, Fasnacht, weitere Anlässe)

Herzlichen Dank.

¹ insbes. Eigentümer, Mieter, Untermieter, Pächter, Dienstbarkeits- und Wohnrechtsberechtigte von Liegenschaften oder Teilen davon (Wohnungen, Zimmern, Büroflächen oder Ladenlokalen) mit Eingang zur Rathausstrasse

² und ggf. angrenzenden Strassen, wenn diese sinnvollerweise nur unter Benutzung der Rathausstrasse erreicht oder verlassen werden können,

Stadtrat Franz Kaufmann erklärt, der Stadtrat möchte diese Motion nicht übernehmen. Zum gleichen Thema hatte sich der Stadtrat zu anderen Vorstössen und Fragen des Motionärs in der Vergangenheit mehrmals geäussert. Die ganze Sache ist wohl überdreht, wird doch nun beispielsweise im vorliegenden Vorstoss die Frage thematisiert, ob denn die Traktorfürer an Fasnachtsumzügen auch über eine Ausnahmegewilligung verfügen. Vom Stadtrat sind die verkehrspolizeilichen Anordnungen gemacht worden und grundsätzlich funktioniert es auch gut mit den Zufahrtsgewilligungen für die Rathausstrasse.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) legt als Motionär dar, dass die Befahrung der Rathausstrasse tatsächlich in die Kompetenz des Stadtrates fällt, doch er habe das Gefühl, dass es der Stadtrat übertreibe und zu streng ist. Nun ist es der politische Entscheid des Einwohnerrates, ob er die Meinung des Motionärs teilt und dem Stadtrat verbindliche Schranken setzen möchte, indem er die Motion an den Stadtrat überweist. Der Stadtrat ist zu rigide und es kann nicht angehen, dass an der Rathausstrasse wohnende oder arbeitende Leute keinen Zugang haben dürfen, ausser sie holen sich für jede Fahrt zuerst noch eine Ausnahmegewilligung. Daran soll sich auch nichts ändern, wies dies der Stadtrat in seinem Standpunkt beim kürzlichen Kantonsgerichtsurteil gesagt hatte. In seinem Vorstoss ist genügend Spielraum vorhanden, wie der Stadtrat schlussendlich die Motion umsetzen möchte. Es soll ja nicht so sein, dass wieder alle durch die Rathausstrasse fahren dürfen, doch dies sollte den erwähnten Personenkreisen zumindest an den Randstunden und ausserhalb den Zubringerzeiten wieder ermöglicht werden. Auch die Stadt Basel hat ein ähnlich rigides und unverhältnismässiges System in der Innenstadt, was immer wieder Anlass zu Diskussionen und Kritiken gibt. Und wenn man schon gegenüber den Anwohnern sehr streng ist, kann man in anderen Fällen nicht einfach beide Augen zudrücken, wenn Autofahrer ausserhalb den Zubringerzeiten im Städtli gesehen werden, welche wohl kaum über eine Ausnahmegewilligung verfügen dürften.

Daniel Schwörer (FDP) meint, dass der Stadtrat bei einer Überweisung der Motion verpflichtet wäre, uns ein Reglement mit den verlangten Eckwerten vorzulegen. Und ob nun Traktoren am Fasnachtsumzug durch die Rathausstrasse fahren dürfen oder nicht, sollte wohl kaum auf der Legislativen-Ebene diskutiert werden. Unbestritten ist, dass verkehrspolizeiliche Anordnungen von der Exekutive erlassen werden. Mit der Überweisung der Motion würden wir wohl völlig quer in der Landschaft stehen und es wäre noch zu prüfen, ob dies überhaupt zulässig ist. Der Einwohnerrat muss dem Stadtrat wohl auch nicht unterstellen, dass dieser ohne Augenmass, willkürlich usw. handelt. Man darf schon davon ausgehen, dass der Stadtrat in abschliessender Kompetenz Regelungen trifft, die den Gegebenheiten aller Benützer und ebenfalls dem Sinn einer verkehrsfreien Rathausstrasse entsprechen. Die FDP-Fraktion wird den Vorstoss nicht als Motion und auch nicht als Postulat an den Stadtrat überweisen.

Hanspeter Meyer (SVP) votiert, dass in der Bevölkerung und insbesondere bei der Anwohnerwohnerschaft ein Riesenunmut herrschte und dabei ist der Stadtrat und auch die Verwaltung nicht ganz unschuldig. Seiner Fraktion ist ebenfalls bewusst, dass die Zuständigkeit nicht beim Einwohnerrat liegt, doch mit der Zustimmung für die Überweisung der Motion möchte die SVP-Fraktion bekunden, dass die Probleme nun endlich gelöst werden, obwohl dies rechtlich vielleicht nicht ganz verhalten dürfte. Was dann der Stadtrat mit dem überwiesenen Vorstoss macht, wird man dann noch sehen. Wichtig ist jedoch, dass man die Probleme nun angeht.

Loris Jeitziner (SP) informiert, seine Fraktion ist grossmehrheitlich zufrieden mit dem jetzigen Verkehrsregime in der Rathausstrasse. Man wird deshalb die Überweisung des Vorstosses an den Stadtrat nicht unterstützen.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Vom Einwohnerrat wird die Motion Nr. 2020/183 mit 12 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung nicht an den Stadtrat überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können. Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 19.30 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Werner Fischer

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann